

SVP und Umwelt – Partei ohne Bodenhaftung

Von Rudolf Rechsteiner

Beitrag erschienen in Andreas Gross, Fredi Krebs, Felix Lautenschlager und Martin Stohler (Hrsg.): Fahrplanwechsel. Edition Le Doubs, 2007

Die SVP war einmal die Partei der Bauern. Noch heute strahlt ihr Logo in grüner Farbe. Vom Schutz der Lebensgrundlagen will diese Partei aber schon lange nichts wissen.

SVP-Leitlinie im Umgang mit der Umwelt ist eine ausgeprägte Marktgläubigkeit. Aus dem blinden Vertrauen in den Markt erwächst die konsequente Opposition gegen jegliche Schutzbestimmungen für die Umwelt. Dies gilt auch dort, wo technische Lösungen längst vorhanden wären (zB. Partikelfilter, Katalysatoren, energiesparende Bauten) oder wo die Umweltschäden direkt Existenzgrundlagen der Bauern gefährden, etwa im Zusammenhang mit der Klimaänderung, die in zunehmendem Ausmass Ernteschäden erwarten lässt und die Sicherheit der Existenzgrundlagen radikaler gefährdet als jede kriegerische Zerstörung bisher.

Besonders aggressiv tritt die SVP gegen Raumplanung, gegen Naturschutz und verkehrspolitische Verlagerung an. Die SVP unterminiert damit den Schutz der landwirtschaftlich produktiven Flächen und gibt die Biodiversität preis. In Teilbereichen ist der isolationistische Kurs der SVP auch bei CVP und FDP mehrheitsfähig geworden. Die Alpenkonvention – ein Gemeinschaftswerk europäischer Nationen zum Schutz der Berge – ist nicht umsonst seit Jahren blockiert. Der Bundesrat ist damit in der direkten Umwelt-Aussenpolitik faktisch handlungsunfähig geworden.

Umwelt ist ein öffentliches Gut. Ohne kollektiven Schutz durch den Staat, ohne Normen und Sanktionen können Umweltgüter nicht geschützt werden. SVP-Vertreter im Parlament wollen von Umwelt-Gütern nichts wissen; für sie zählt die bäuerliche, produktive Nahrungsmittelbasis höchstens dann, wenn es um Einkommen geht. Deshalb tendiert die SVP-Landwirtschaftspolitik zur Mengenmaximierung und vernachlässigt Qualität und Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung des Bodens.

Durch die betriebswirtschaftliche Brille gilt: *Es ist gut, was rentiert*. Und Umweltschutz rentiert bekanntlich nur ganz selten. Unberührte Landschaften, saubere Luft und saubere Flüsse lassen

sich selten für bare Münze verkaufen. Die Natur liefert Dienstleistungen *in kind*, als ästhetische Werten, Klimastabilität, Regenerationsfähigkeit usw.; der Nutzen dieser Güter lässt sich durch die neoliberale Brille mangels monetärer Transfers in Geld nicht messen.

Und wirtschaftlich gesehen setzen sie häufig gerade das Gegenteil dessen voraus, was man als wirtschaftlich bezeichnet: wirtschaftliche Enthaltbarkeit, Unterlassung von Investitionen, Mehrkosten für Emissionsvermeidung.

Ein *ökologischer Patriotismus*, so es ihn je gegeben hat, ist der SVP mit dem Aufstieg von Christoph Blocher und den Zürcher Finanzplatz-Milliardären abhanden gekommen.

Mit den Wahlgewinnen der SVP hielt dieser aggressiv-neoliberale Trend immer stärker Einzug in die bürgerliche Politik. Seit Mitte der 90er Jahre ist eine Blockierung vieler ökologischer Anliegen zu beobachten. In der Energiepolitik zum Beispiel wurde die Individuelle Heizkostenabrechnung wieder abgeschafft, das Elektroheizungsverbot aufgehoben, die ökologische Steuerreform und der Atomausstieg verworfen unter dem Slogan „keine neue Steuern“. Die Volksrechte – besonders das Referendum – haben gerade die marktwirtschaftlichen Instrumente im Umweltschutz stark behindert. Die Schweiz weist heute die tiefsten Heizöl- und Benzinpreise in Westeuropa auf. erneuerbare Energien und Energieeffizienz konnten so nie richtig Fuss fassen, und auch im technischen Umweltschutz ist die Schweiz von einem Spitzenplatz ins hintere Mittelfeld gerückt. Der autonome Nachvollzug der Umwelt-Bestimmungen der Europäischen Union ist heute meist schon ein Fortschritt und in entscheidenden Fragen – etwa beim Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung – liegt die Schweiz im Vergleich zur EU deutlich zurück.

Die Politik der SVP ist verheerend erfolgreich. Die CO₂-Abgabe blieb jahrelang in der Schublade; dafür obsiegte die Alibi-Übung mit dem „Klimarappen“ – eine Erfindung der Erdöl-Vereinigung zur Ausschaltung des CO₂-Gesetzes. All diese Rückschritte wurden nicht nur von der SVP, sondern auch vom Bundesrat und von CVP und FDP mitgetragen. Wie in der Sozialpolitik schliessen sich die Mitte-Parteien auch in der Umweltpolitik häufig den Vorgaben der SVP an, und kleinste Schritte wie die CO₂-Abgabe

auf Brennstoffen (9 Rappen/Liter Heizöl ab 2009), die dem Gesetz nicht genügen, wenden von den Mitte-Parteien bis zu den Grünliberalen fälschlich als "Erfolg" hochgejubelt. Dabei bleiben die Ziele im Gesetz unerfüllt. Die CO₂-Emissionen liegen heute höher als 1990, hätten aber um 10 % sinken sollen. Auch die Zahl der schweren Offroader (Sport Utility Vehicles) wuchs und wächst weiter, im Gleichschritt mit der Zahl der Neureichen, die ihre un versteuerten Kapitalgewinne in diese protzigen Strassen-Panzer steckten und damit Menschenleben und unsere zukünftige Existenz gefährden.

Die SVP blieb mit ihrer Retro-Politik nicht allein. Die Initiative zur anti-ökologischen Politik ging und geht oft von der *économiesuisse* aus, die ihre Anliegen traditionell über FDP und CVP ins Parlament einbringt.

Dort, wo die Linke trotz allem gewisse Fortschritte erreichte, spielten die Vertreter der CVP und der (insbesondere welschen) FDP das Zünglein an der Waage:

- Gegen den SVP-Widerstand gelang es, Lenkungsabgaben auf VOC-Emissionen und CO₂ einzuführen und die Entsorgung von Abfällen verursachergerechter zu finanzieren.
- Die Landwirtschaftspolitik wurde in den letzten 15 Jahren mit politischer Unterstützung der Grossverteiler und der Bio-Bauern umgebaut. Direktzahlungen und ökologischer Leistungsnachweis setzten sich gegen die reine Mengenmaximierung durch, die jahrzehntelang mit den staatlichen Preisgarantien einher ging.
- Am grössten waren die Erfolge der Linken in der Verkehrspolitik: Alpen-Initiative, Schwerverkehrsabgabe, Neue Alpentransversale (Neat) und S-Bahnen konnten dank breiten Koalitionen ausgebaut werden. Die permanenten Störmanöver der SVP blieben hier erfolglos.

Während Luftgrenzwerte, Kinder-Asthma und Arbeitsschutz der SVP so lang wie breit sind, wirft sich die Volkspartei jeweils dann in Opferpose, wenn es darum geht, die eigene bäuerliche Klientel zu entschädigen. So verlangten SVP-Vertreter nach dem Unfall von Tschernobyl Spezialsubventionen zur Abgeltung von Ernteschäden (über 80 Mio. Fr. wurden bewilligt) und nach dem Sturm „Lothar“ versuchte die SVP, alle Hilfsgelder des Bundes in

die Taschen der *privaten* Waldbesitzer zu lenken – die öffentlich-rechtlichen Korporationen wären leer ausgegangen.

Und die Zukunft?

Durch die Klimaänderung ist ein starker Anstieg der Flur-, Ernte-, und Wetterschäden in der Schweiz zu erwarten. Auch hier wird die SVP versuchen, für die Landwirte neue Bundesgelder zu mobilisieren. Eine Stärkung des Verursacherprinzips steht dabei aber nicht auf dem Programm. Statt die Benzin- und Heizölverschwendung der Autofahrer und Hausbesitzer zu attackieren, versucht die SVP in solchen Momenten, das Bundesbudget für Umverteilungsübungen zu plündern: im Falle der Schadens-Abgeltungen für den Kanton Obwalden drang der Vorschlag, das Umweltbudget des Uvek für den Kanton Obwalden zu kapern, allerdings nicht durch. Es wäre der integrierte Waldschutz, die Gefahrenkartierung und der Schutz der Biodiversität geopfert worden, um an Hausbesitzern Abfindungen zu zahlen. Nach den Obwaldner Steuersenkungen hielt eine Mehrheit des Parlaments diese Form der Pflästerlipolitik indessen für ungeeignet und lehnte sie ab.

In einem Punkt schlüpft die SVP immer mehr in die Rolle der FDP: Für den Bau neuer Atomkraftwerke und für die Durchsetzung neuer Atommüllager verlangte sie die Einstellung zusätzlicher Beamter beim Bundesamt für Energie (Motion Hofmann) und vehement schlägt sie den Bau dreier neuer Atomkraftwerke vor. Die SVP stellt heute eine Reihe von Verwaltungsräten in der Elektrizitätswirtschaft.

Am ehesten lassen sich mit der SVP erfolge in der Umweltpolitik erzielen, wo privater Nutzen oder private Gewinne erkennbar sind:

- In den USA lässt sich seit einiger Zeit beobachten, dass sich die Rechte der US-Republikaner für Windenergie engagiert. Wo es darum geht, einheimische erneuerbare Energien zu gewinnen, werden die SVP-Exponenten aus bäuerlichen Kreisen zu Partnern der Linken. Vereinzelt Exponenten der SVP (Hansjörg Walter TG, Josef Kunz LU, This Jenny GL) haben deshalb die Schaffung gesetzlicher Einspeisevergütungen unterstützt. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird vom Bauernverband als Chance er-

kannt. Photovoltaik, Biomasse und Windenergie sind mit Flächennutzung verknüpft und erneuerbare Energie ist gewissermassen ein landwirtschaftliches Produkt. Hier gerät der landwirtschaftliche Flügel der Partei in Konflikt mit der Mehrheitslinie, welche eine ausgeprägte Pro-Atom-Politik verfolgt und erneuerbare Energien bekämpft.

- Das Verursacherprinzip wird von SVP und FDP als marktwirtschaftliches Element mindestens teilweise dann akzeptiert, wenn es der Kostenanrechnung von Vermeidungskosten dient (zB. Gebühren für Abwasser oder Abfälle). Wo Umweltschäden in grösserem Ausmass entstehen, sollte die Linke den Versuch machen, Schadenskosten nicht mehr länger dem Bund und der Allgemeinheit, sondern den Verursachern anzulasten. Erst wenn sich die Preisverhältnisse zuungunsten der Verursacher verschoben haben, können neue Techniken mit integrierter Vermeidungstechnik zum Zuge kommen.

Ach wie vor strikt ablehnend steht die Rechte dem Verursacherprinzip gegenüber, wenn es darum geht, mögliche Schadenskosten abzuwenden oder zu internalisieren, deren Schadensausmass sich heute noch nicht messen lässt. Autofahren gilt in vielen SVP-Kreisen als wichtigstes Menschenrecht, der Schutz der Nahrungsmittelbasis interessiert weniger. „Mein Auto fährt auch ohne Wald“, titelte die Autopartei vor 20 Jahren. Die SVP ist in die Fusstapfen der Autopartei gerückt und ihre Positionen decken sich weitgehend mit jenen der grossen Autoverbände.

Rudolf Rechsteiner, Nationalrat